

Halle'sches Tageblatt.



Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die viermalige Corvus Seite oder deren Raum 15 Pfg.

Reclamen vor dem Tagesblätter die drei gepaltene Corvusseite oder deren Raum 40 Pfg.

Nr. 121.

Samstag, den 26. Mai 1888

89. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juni eröffnen wir ein einmonatliches Abonnement zum Preise von 75 Pfg. Bestellungen werden in der Expedition des Tageblattes (Gr. Ulrichstrasse 19), sowie von sämtlichen Postanstalten entgegengenommen.

Wochenplan.

Die abgelaufene Woche war recht reich an wichtigen politischen Ereignissen. Das für Deutschland wichtigste und erfreulichste jedenfalls ist die Thatsache, daß die Genehmigung des Kaisers solche Fortschritte gemacht hat, daß er zum ersten Male seit seiner Enttarnung an Bronchitis die Stadt Berlin besuchen, seiner kaiserlichen Mutter und den Gästen im englischen, im russischen Hofgasthof sowie im königlichen Schloß, wenn auch nur formale Visiten, machen und einen halbtägigen Aufenthalt in seinem früheren Heim, dem „Kronprinzlichen Palais“ nehmen konnte. Bei solcher Straßenzugabe konnte der Kaiser denn auch einen Teil wenigstens der angenehmen Pflichten erfüllen, die ihm aus der Vermählungsfeier seines Sohnes, des Prinzen Heinrich, erwuchsen. Eine größere politische Bedeutung hatte diese Hochzeit natürlich nicht. Wenn nicht nur das preussische Volk, sondern die ganze deutsche Nation trotzdem recht innigen Antheil an dem freudigen Ereignis nahm, so erklärt sich dies einmal aus der Loyalität, hauptsächlich aber aus der Freude über die Freunde des Kaisers, dem man so gern eine recht herliche Freude gönnt, sowie aus der Beliebtheit des „künftigen Admirals“, des jugendlichen, prächtigen Weltumseglers, während der weiteren Kreise natürlich ganz unbekanntem Braut die Beliebtheit ihrer Leder zu früh verlobten Mutter, der Prinzessin Alice von Hessen, zu Gute kam.

Die politische Welt beschäftigt sich natürlich vorzugsweise mit den Aussichten des Volksschulstiftungsgesetzes, dem Vorausberathungen der Abstimmungscomittees, Erörterungen des Streitgegenstandes, Ermahnungen und Warnungen u. d. Das Ergebnis der Abstimmung ist uns zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, unbekannt, aber wir glauben annehmen zu dürfen, daß das Abgeordnetenhaus — halb willig, halb hartem Grunde — dem Herrenhause und der Regierung nachgeben, auf die Verfassungsänderung verzichten und das Gesetz in der aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgegangenen, in dem weitestgehenden Punkte (Schulgebäudeaufgabe) wesentlich bessern Gestalt annehmen wird.

Neben dem Volksschulstiftungsgesetz interessiren hauptsächlich die von den Offizieren nach rechts und nach links, nach Osten und nach Westen, nach Rußland und nach Frankreich erhobten Karten Warte. Es wüßten wohl mit Retrospektionen, letzteren mit energischen Grenzmaßregeln gedroht. Letztere Drohung ist bereits durch Erlass einer Verfügung, welche für alle über die französische Grenze zu reisenden Reichsausländer Pässe vordrückt, ausgeführt, und man muß daher erwarten, daß auch die zweite Drohung ausgeführt wird. Das wäre für die Geschäftswelt immer noch besser, als das jetzige zu Speculationen anreizende Gehen und Wanken.

In Oesterreich sprach man in letzter Woche viel von den militärischen Maßnahmen in Galizien, denen jedoch durchaus keine politische Bedeutung beigegeben wird.

Von den Balkanstaaten wurden in letzter Woche auffallend häufig revolutionäre Forderungen gemeldet. Hauptächlich scheint man in Montenegro große Lust zu einer politischen Umwälzung zu verspüren.

In Frankreich dreht sich noch immer Alles um die Frage der Verfassungsrevision, welches die euphemistische Bezeichnung für — Sturz der Republik ist. Im Allgemeinen sind die Wähler, mögen sie nun baulangjährig, bonapartistisch oder orleanistisch sein, viel reger als die Freunde der Republik.

In England ist das Ereignis der Woche die Unfalltödtung einer britisch-afrikanischen Gesellschaft.

Nachdem der irische Selbstregungsplan und das Boycotten vom Papste in den Raum gethan worden ist, darf man hoffen, daß die Irländer sich dazu entschließen werden, sich zur Durchföhrung ihrer Forderungen wider mehr dem gesetzlichen Wege zuzuwenden und den dargebotenen Reformen nicht ferner zu widerstreben. In Bezug auf Irland ist ein neues Programm derjenigen Liberalen, welche nicht zu Gladstone hängen, erschienen. Das Programm enthält folgende Punkte: Umfangreiche öffentliche Bauten mit ganzlicher oder theilweiser Reichsunterstützung, Drainage, Flussverbesserungen, Hebung der Fischei, Bau von Eisenbahnen, ein Landbankausgesetz, begründet auf irischen Credit und von irischen Behörden durchgeführt, Reform der Zollange-

regierung und Gemeindevertretung u. d. Uebrigens haben die Southamerikaner einen Erfolg zu verzeichnen, indem sie in Southampton, welches bisher im Unterhause konservativ vertreten war, einen der ihren durchbrachten.

Für die Entwicklung des Orients von größter Bedeutung ist die Eröffnung der Orientbahn, die das Land des Kismet, des wirtschaftlichen Hegemonen u. zu neuem wirtschaftlichen Leben erwecken wird.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei nach gegenseitigen Erklärungen derart ausgeglichen seien, daß außer der bereits gemeldeten Rückkehr des griechischen Konjuls Panuris nach Monastir auch die Höfische von Serres und Galvora im Amt verbleiben.

In Brasilien ist die Sklaverei nunmehr definitiv abgeschafft. Der Kaiser von Brasilien schwört, fern von seiner Heimath, in letzter Woche in solcher Lebensgefahr, daß er mit den Sterbestamenten versehen wurde.

Die Königin-Regentin von Spanien hat die Belästigung von Barcelona erloscht und ist bei dieser Gelegenheit Gegenstand sympathischer Kundgebungen geworden. Republikanische Demonstrationen von Belag sind ausgeblieben.

Die Einführung der Passpflicht für alle über die französische Grenze zurückgehenden Reichsangehörigen wird offisiell erklärt zunächst mit den zahlreichen Täuschungen der Grenzpolizeibeamten, welche nur daraus zu erklären sei, daß gewisse Elemente der einheimischen Bevölkerung der Reichslande hierzu hilfreiche Hand leisten. Alsdann wird auf das Programm des neuen patriotischen Vereins in Frankreich hingewiesen, welcher sich noch weitergehende Ziele als die Patrioticliga gesteckt habe. Derselbe will neben der Herausgabe Schlag-Lothungen an Frankreich auch die Vertheidigung des Gewerbes und der Künste gegen fremde Konkurrenz, er bekämpft ferner nicht nur die Deutschen als Feinde, sondern auch alle Verbündeten der Deutschen und will sich erst auflösen, nachdem die Rückgabe Schlag-Lothungen an Frankreich erfolgt ist. In dieser Deutlichkeit und Schroffheit und in diesem Umfange sind bisher die Bestrebungen der Revanchepartei noch nicht so öffentlichem Ausdruck gelangt. Am bedauerlichsten muß der Umstand erweisen, daß selbst eine Politik des Friedens, wie sie seit fast 20 Jahren von Deutschland geführt worden ist, nicht im Stande gewesen ist, die Gegenseite, welche ein uns irrtöthlich aufgedrungener Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen, auszugleichen. Die Feindseligkeit, welche der Krieg hervorgerufen, ist, so weit Frankreich in Betracht kommt, nicht gemildert, sondern eher noch verschärft worden, wovon die gebührenden Angriffe und Beleidigungen des Deutschthums in Frankreich bedauerliche Beweise abgeben.

Die „Sir. Post“ kann nicht umhin, die Regierung davor zu warnen, dem ohnehin schon schwer leidenden Handel weitere Bürden aufzuerlegen. Sie hofft, daß die Handhabung der Maßregeln eine solche sein werde, welche die Kaufleute des Inlandes in ihrem Handelsverkehr mit Frankreich nicht belästige. In den Blättern der freisinnigen Richtung löst die Verordnung auf Mißbilligung, namentlich meint man, daß es ein politischer Fehler sein würde, wenn man sie als eine Vergeltungsmaßregel würde aufstellen müssen. Die Organe der gemäßigten Richtung zeigen sich von ihr dagegen durchaus befriedigt und erhoffen eine gute Wirkung.

Die neuen Passvorschriften für den deutsch-französischen Grenzverkehr sind natürlich nicht nach dem Geschmack der Franzosen. Der „Figaro“ spricht von der „aufrichtung einer chinesischen Mauer“ und nennt die Verfüöung einen schweren Fehler Bismarcks. „Voltaire“ meint, diese Mauer werde die Gefühle der Wäffer nicht verhindern, sich über die sachlichen Grenzhindernisse hinweg mit denen der Franzosen zu vereinigen.

* Freiherr von Hammerstein in veröffentlicht in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ eine Erklärung, worin er sagt:

Ich war und bin nicht Gegner des Kartells, welches im Winter 1887 zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Reichspartei geschlossen worden ist, ich habe dasselbe vielmehr selbst in der deutsch-österreichischen Realisation des Reichstages angezettelt. Es hätte den Zweck, durch gemeinsamen Kampf der genannten drei Parteien bei den Wäffeln, die aus dem „Festum“ und Genua gebildet, wirtschaftliche Noth, welche der Regierung die Mittel zur Befristung des deutschen Reiches verleiht, zu brechen. Dieses Ziel ist durch den Kartell erreicht worden und insofern hat derselbe in der That segensreich gewirkt. Seitdem ist aber dem Kartell eine Deutung untergelegt worden, welche es nie gehabt hat und welche, wenn sie allgemein anerkannt würde, der konservativen Partei in ihrer bisherigen, in erster Linie auf das Wohl der arbeitenden Klassen und der produktiven Stände, der Landwirtschaft und des Handels gerichteten Thätigkeit eine schwere Fessel anlegen würde. Denn man will am Grund des Kartells der konservativen Partei nicht gelassen, selbstbestimmte Maßregeln in Ansehung zu bringen oder zu vertreten, welche bei den beiden anderen Kartellparteien auf Widerstand stoßen.

Dieser unwichtigen Anwendung des Kartells habe ich mich mit Entschiedenheit widersetzt und werde es auch ferner thun. Ein Kartell dagegen, welches den Zweck hat, die nationalen Interessen des deutschen Reiches, wo sie gefährdet sind, zu schützen, wird mich immer zu seinen Anhängern zählen können.

Diese Erklärung des Freiherrn von Hammerstein ist durch einige Bemerkungen der „Zeitung für Hinterpommern“, veranlaßt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt zur Wiederabgabe der Erklärung, daß durch dieselbe die Bemerkungen der „Zeitung für Hinterpommern“, welche die „Norddeutsche“ reproduziert hatte, in keinem einzigen Worte berichtigt werden. Wenn sie das Schreiben dessen ungeachtet zum Abdruck bringe, so gehe es, um den von dem Herrn Einleider im Geheiß zu dem Gesamtvertrage der „Kreuzzeitung“ ausgesprochenen Ansichten über das Kartell Verbreitung zu gewähren.

Die neuerdings stattgehabten Beratungen der Aemterverwaltung der Kaiserlichen Normalalkohol-Kommission haben zu dem Beschlusse geführt, für alle alkoholische Getränke die Messung in vom 1. Oktober d. J. ab an Stelle des bisherigen Volumens das Gewichtsalloholmeter mit 100 Hektogrammen (Hektol.) statt Hektolitern (Hektol.) — 2000 Gramm einzuföhren. Der Bundesrath dürfte, wenn er diesen Beschlusse acceptirt, die für die kaiserlichen Abfertigungen des Brauereiwesens bestehenden Vorschriften dahin abändern, daß die reinen bawen Alkoholmengen des Brauwereins bis zu ausschließlich 65 Gewichtprozenten nach ganzen und halben Prozenten, bei höheren Stärken nach ganzen und fünfteil Prozenten, ferner die Temperatur des Brauwereins nach Gradus des 100 Hektogrammen, eine Eintheilung von — 12 bis 40 Grad ausstehenden Thermometers bei Stärken bis zu ausschließlich 65 Prozent nach ganzen, bei höheren Stärken nach ganzen und halben Gradus zu bestimmen und nach Maßgabe solcher Ermittelungen die wahren Alkoholmengen für Absehung bis zu 65 Prozenten nach ganzen und halben, für Absehung höherer Prozenten nach ganzen und fünfteil Prozenten festzusetzen sind.

Der Vorstand des Völkervereins der deutschen Reichsangehörigen hat an die sämtlichen Ministerien und an die Behörden im deutschen Reich ein Rundschreiben gerandt, welches die Bitte enthält, bei Beschaffung von Büchern und Zeitschriften auf Rabatt nicht zu dringen, sondern bei von den Verlegern festgesetzten Abendenpreis anzuerkennen. Dem großherzoglich badischen Ministerium des Innern ist dem genannten Vorstände bereits eine zugehörige Erklärung ausgegangen.

Telegraphische Nachrichten.

Strasburg i. G., 24. Mai. Behufs Ausführung der Verordnung vom 22. d. Mts. betreffend den Bahnraum ist eine Anweisung an die Behörden erlassen worden. Dem „Gloire Journal“ zufolge ist gegen den färbereimter Appel sowie gegen den Eisenbahngestellten Dieb und dessen Gehrau das Hauptverfahren wegen Landverwehrs eröffnet.

Strasburg i. G., 24. Mai. Der Landwirthschaftsrath hat das Eruchen zu rüchten, eine allgemeine deutsche landwirthschaftliche Ausstellung im Jahre 1890 in Strasburg abzuhalten. In Nachschau, 24. Mai. Die Kronprinzessin von Schweden ist nach Stockholm hier eingetroffen und dem Prinzen Wilhelm, Großherzog, der Großherzogin, dem Prinzessinnen Wilhelm, Elisabeth und Marie sowie dem Staatsminister Dr. Karban, dem preussischen Gesandten von Eisenacher und dem Stadtmandanten empfangen worden.

Konstantinopel, 24. Mai. Die Meldung eines ausnähmlichen Blattes, daß der Kaiser von Rußland neuerlich Komte in dem nächsten Wochen zu einem längeren Besuche der künftigen Familie hier eintreffen würde, erweist sich nicht richtig. Am Hofe ist nicht von einem solchen Besuche bekannt.

Madrid, 24. Mai. Die Bestimmung in dem Befehle des Kaisers von Brasilien dauert an Prinz und Prinzessin von Joinville, sowie die Gräfin Aquila mit Sohn sind zum Besuche des Kaisers hier eingetroffen.

Paris, 24. Mai. Camille Dreyfus hat seine für heute angelegte Anträge an den Finanzminister wegen der gefälligen 500 Francs-Noten im Einvernehmen mit dem Minister auf nächsten Sonnabend verziehen. Der Minister hat sich wegen dieser Angelegenheit mit dem Bank in Verbindung gesetzt.

Paris, 24. Mai. Der Senat hat sich mit 220 gegen 27 St. für das Recht der Erhebung einer Milliarde von denjenigen ausgeprochen, welche von der Militärentschloß bereit werden. — In der heutigen Sitzung der Commission des Senats zur Vorbereitung des Gelegenheits über die Einführung von Panamaloosen erklärte der Finanzminister, die Regierung habe keinen Anlaß, in einer Angelegenheit zu interveniren, die einen weitest privaten Charakter trage, sie habe lediglich zu prüfen, welchen Einfluß etwa die Einführung der Note auf den Markt für die Wertpapiere des Staates ausüben könnte. Der Minister aber der Senat weder eine Anleihe noch irgend welche andere Finanzoperation vorbereite, habe die Regierung keinen Grund, sich über die Einführung zu beunruhigen, welche die Panamagesellschaft beantragt habe.

Paris, 24. Mai. In einer geföhrigen Verammlung des „Grand Orient“ wurde zur Bekämpfung des Boulangerismus die Gründung einer Gesellschaft, welche den Namen „Societe des droits de l'homme et du citoyen“ führt, beschlossen. Die Gesellschaft soll die allmähliche Verwirklichung aller konstitutionellen, politischen und sozialen Reformen erstreben.

Wien, 24. Mai. Der österreichische Gesandte, Gungl, ist gestern nach Berlin abgereist.

London, 24. Mai. Die Morgenblätter widmen dem heute in Charlottenburg stattgefundenen Vermählungsfeierlichkeiten sympathische Artikel, in denen sie das deutsche Volk zu dem freudigen Ereignisse herzlich beklundwünschen und das freundschaftliche Verhältnis zwischen England und Deutschland betonen, welches, wie die „Morning Post“ hervorhebt, durch die Anwesenheit der Königin Victoria in Berlin eine neue Weite empfangen habe.



